

## Antragsteller: Ortsverein Altstadt-Mitte **2014 A 7**

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

**Öffentlich zu führende Verhandlungen über Freihandelsabkommen (TAFTA/TTIP/CETA) zur Verwirklichung umfassender ArbeitnehmerInnen- und VerbraucherInnenrechte und zur Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge nutzen und für ein Europa der Bürger und Bürgerinnen eintreten**  
**Der Unterbezirk Bremen-Stadt fordert die SPD, die SPE sowie die sozialdemokratischen Regierungs- und Parlamentsmitglieder auf Landes-, Bundes- und EU- Ebene auf, sich dafür einzusetzen, dass die jetzt ausgesetzten Verhandlungen zu TAFTA (Trans-Atlantic Free Trade Area) und TTIP (Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership) nur dann neu aufgenommen werden, wenn sie unter breiter Beteiligung der demokratisch legitimierten Parlamente und öffentlich geführt werden und wenn sichergestellt ist, dass öffentliche Daseinsvorsorge sowie arbeits- und verbraucherrechtliche, soziale und ökologische Standards mindestens dem höchsten Niveau entsprechen, das bislang in einem an den Verhandlungen beteiligten Land erreicht wird und ein Abkommen die Vertragspartner nicht daran hindert, diese Standards zu verbessern. Auch andere Freihandelsabkommen wie das zwischen EU und Kanada ausgehandelte CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) dürfen nur ratifiziert werden, wenn sie diesen Kriterien entsprechen.**

Begründung:

Die von der EU-Kommission zu Recht ausgesetzten Geheimverhandlungen mit den USA zum „Transatlantischen Handelsabkommen und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) und zum TAFTA (Transatlantisches Freihandelsabkommen) sowie zum CETA (EU-Kanada-Freihandelsabkommen) unter Einbeziehung allein von VertreterInnen der Wirtschaft widersprechen unserer sozialdemokratischen Auffassung von Transparenz und Demokratie. Eine Vereinbarung, die allein den Interessen der Konzerne dient, lehnen wir ab.

Dass Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen, NGO's und andere gesellschaftlich relevante Kräfte bewusst von vornherein von den Verhandlungen ausgeschlossen waren und noch immer sind, ist im hohen Maße undemokratisch, unsozial und schadet dem Ansehen der EU bei den BürgerInnen.

Die SPD bekennt sich grundsätzlich zum Ausbau des freien Handels. Dieser kann zu einer Schaffung sicherer und guter Arbeitsplätze und zu einer Stabilisierung der Finanzflüsse und der Lebensstandards in den vertragspartnerschaftlichen Staaten führen. Verhandlungen darüber darf es aber nur geben, wenn öffentliche Daseinsvorsorge so-wie arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards nicht angetastet, sondern verbessert werden.

**Ohne Gegenstimme angenommen SPD UB Parteitag am 22.03.2014**